

## Tür zu Friedensverhandlungen weiter offen

Die Entscheidung der LTTE, sich aus den Friedensverhandlungen zurückzuziehen, war ein Protest gegen den Verhandlungsstil der Regierung. Jedoch hat die LTTE die Tür zu Friedensverhandlungen nicht hinter sich zugeschlagen! "Unsere Türen zum Frieden sind weiterhin offen. Es ist richtig, daß wir über die Verhandlungen mit der Regierung enttäuscht und desillusioniert sind. Allerdings haben wir die Hoffnungen für diesen Friedensprozeß nicht aufgegeben. Wir sind überzeugt, daß der tamilische Konflikt mit friedlichen Mitteln gelöst werden kann." Dies erläuterte LTTE-Führer Pirabakaran in seinem jüngsten BBC-Interview.

Wie Pirabakaran ausführte, fühlt sich die LTTE durch die Regierung von Chandrika brüskiert, da die dringendsten Probleme und Anliegen der tamilischen Bevölkerung im Norden keine ausreichende Beachtung fanden. Schließlich blieb der frustrierten LTTE keine andere Möglichkeit, als die schmerzliche Entscheidung zum Abbruch der Verhandlungen. Beobachter Sri Lankas haben bei den Verhandlungen einen wichtigen Aspekt vermißt, der für die Abbruchentscheidung der LTTE von großer Bedeutung war. Dies ist der Faktor "Zeit"! Die LTTE ist nicht in der Lage, mit bedeutungslosen Verhandlungen, die an den Interessen der tamilischen Bevölke-

rung vorbeigehen, Zeit zu verschwenden. Die LTTE ist keine politische Partei, die ohne weiteres monate- oder gar jahrelang in der Parlaments-Lobby auf ein Entgegenkommen der Regierung warten kann. Vielmehr ist die LTTE eine dynamische, politisch-militärische Organisation, die sich den Bedingungen vor Ort stellen muß. De-facto stellt sie die Regierung im Norden und hat Verwaltungsstrukturen in diesem Gebieten etabliert. Ihr untersteht eine Befreiungsarmee mit mehreren tausend Frauen und Männern, die sich der Selbstbestimmung und politischen Unabhängigkeit der tamilischen Heimat verschrieben haben. Für eine solche nationale Unabhängigkeitsbewegung sind Friedensverhandlungen kein Freizeitvergnügen oder ein politisches Schachspiel. Vielmehr muß bei ernsthaften Verhandlungen eine positive Dividende zu erwarten sein. Jede unnötige Verzögerung, die eine Lösung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung behindert, führt nach Einschätzung der LTTE ins Leere. Darüberhinaus hat dies negative Auswirkungen auf die Moral der Guerillatruppen, die davon überzeugt sein müssen, daß die Friedensverhandlungen einen Nutzen für das Wohlergehen der tamilischen Bevölkerung haben werden.

Deshalb hat sich die LTTE entschlossen, einen Verhandlungsprozeß abzubre-

chen, der weder die dringendsten noch die ursächlichen Aspekte des ethnischen Konflikts behandelt hat. Allerdings hat die LTTE die Hoffnungen in den Friedensprozeß noch nicht aufgegeben und ist weiterhin davon überzeugt, daß die tamilische Frage mit friedlichen Mitteln gelöst werden kann. Hier ist die Regierung gefordert. Sie muß ihre Politik gegenüber der LTTE überdenken und den tatsächlichen Willen und Bereitschaft zeigen, die dringenden Probleme der tamilischen Bevölkerung zu lösen. Hierzu muß sie bereit sein, alle Restriktionen, Sanktionen und Blockaden gegenüber den Tamilen zu beseitigen. Dies sind jedoch nicht die Bedürfnisse der LTTE sondern vielmehr die sozialen und wirtschaftlichen Grundbedürfnisse der Menschen. Hierzu sind keine langen Verhandlungen notwendig. Die Regierung kann diese Probleme im Interesse der Menschen vielmehr selber lösen.

Sobald die Regierung solche Entscheidungen trifft und zu einer Lösung im Sinne der LTTE und der tamilischen Bevölkerung bereit ist, wird die LTTE alle Kriegshandlungen einstellen und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Sollte die Regierung allerdings den Friedensprozeß unterlaufen und eine militärische Lösung anstreben, so wird dies zu schlimmen Konsequenzen für das gesamte Land führen.

### Entschließung des Europaparlaments zum Abbruch der Friedensverhandlungen in Sri Lanka

Das Europäische Parlament (...)

1. verurteilt den Rückzug der LTTE aus den Friedensverhandlungen und die einseitige Verletzung des Waffenstillstands durch unprovokierte Gewaltakte der LTTE;
2. vertritt die Auffassung, daß die von der LTTE vorgebrachten Gründe für den Abbruch der Verhandlungen mit der Regierung Sri Lankas das zugrunde liegende Widerstreben der LTTE, einen konstruktiven Dialog aufzunehmen, demonstrieren;
3. unterstreicht die Gefahr, daß die Unterbrechung der Friedensverhandlungen zu einer neuen Eskalation des Konfliktes führen kann, und fordert beide Seiten auf, Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu zeigen, um eine neue Waffenstillstandsvereinbarung und die Wiederaufnahme der Belieferung der Halbinsel Jaffna mit nichtmilitärischen Gütern zu ermöglichen;
4. weist der Regierung Sri Lankas gegenüber auf die Notwendigkeit hin, wahllose Vergeltungsmaßnahmen gegen Zivilisten zu vermeiden und Verhandlungen mit den anderen Tamilen-Organisationen aufzunehmen, die die LTTE nicht unterstützen;
5. ruft die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln die Bemühungen der Regierung von Sri Lanka um Wiederaufnahme des Friedensprozesses und um Verbesserung der Anwendung der Menschenrechtsvorschriften zu unterstützen; ersucht die Kommission, ihre Zusammenarbeit mit der Regierung von Sri Lanka im Rahmen des vor kurzem geschlossenen Abkommens auszubauen und ihr alle Hilfe bereitzustellen, die erforderlich ist, um zu einer friedlichen Lösung sowie zur Versöhnung zu gelangen;
6. fordert die Regierungen der Region des Indischen Ozeans, insbesondere der SAARC-Länder, auf, Druck auf die LTTE auszuüben, an den Verhandlungstisch zurückzukehren;
7. ruft die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dringend auf, die Kontrollen über Rüstungsverkäufe zu verschärfen und zu verhindern, daß Waffen in die Hände der LTTE und ähnlicher Organisationen gelangen;
8. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen der Mitgliedstaaten, von Sri Lanka und der SAARC-Mitgliedstaaten sowie der LTTE zu übermitteln.